

29.05.2007

Ladenöffnung: Sozialpartner beschließen Änderungen

Nach langen, intensiven Verhandlungen haben sich die Sozialpartner auf eine Änderung des Kollektivvertrages für die rund 500.000 Handelsangestellten geeinigt. Grundlage dafür ist die neue gesetzliche Regelung zur Ausweitung der Ladenöffnungszeiten in Österreich von derzeit 66 auf 72 Stunden pro Woche.

Die Bundessparte Handel der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und damit die Arbeitgeberseite im Handel, und die Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA-DJP) als Arbeitnehmervertretung, haben sich auf von beiden Seiten gleichermaßen getragene Maßnahmen geeinigt. Im Vordergrund stand dabei die Einigung bezüglich der Entlohnung und Anpassung der Rahmenbedingungen an die geänderten Öffnungszeiten bei Veranstaltungen, deren Dauer über 21 Uhr hinausgeht ("Event-KV").

Die Sozialpartner haben das Ergebnis ihrer Verhandlungen sowie Wünsche bezüglich Klarstellungen in Fragen der Öffnungszeiten Wirtschafts- und Arbeitsminister Martin Bartenstein (V) präsentiert, der das Zusammenwirken

Y.

29. MAI 2007

von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite begrüßte. Laut Bartenstein sollen die Vorschläge bereits im kommenden Ministerrat am Mittwoch (30. Mai) stattfinden, behandelt werden.

Bartenstein sieht die Debatte über geänderte Ladenöffnungszeiten zumindest für diese Legislaturperiode nun "abgehakt". Das gelte auch für die leidenschaftliche Diskussion über die Sonntagsöffnung. Insgesamt sei die heutige Sozialpartner-Einigung ein "wichtiger und maßvoller Liberalisierungsschritt" und ein guter Kompromiss zwischen den Interessen der Kaufleute sowie ihrer Beschäftigten.

Spielraum für Länder

Bartenstein erinnerte daran, dass es für den Tourismus ohnehin Ausnahmeregelungen wie etwa den offenen Sonntag gebe und trotz einer begrüßenswerten Vereinheitlichung der Regelungen durch die nunmehrige Einigung die Landeshauptleute weiterhin einen Spielraum hätten, den sie hoffentlich im Rahmen der Fußball-Europameisterschaft auch nutzen werden, so Bartenstein zur APA.

Dass künftig sämtliche Geschäfte wie nun geplant von Montag bis Freitag immer bis 21.00 Uhr offen haben, glaubt der Minister übrigens nicht. Die zeige etwa ein Blick in die Wiener Einkaufsmeile Kärntner Straße, wo nur wenige Kaufleute die schon bisher erlaubten Öffnungszeiten voll ausnutzten.

Lob für die Sozialpartner-Einigung kam auch von der SPÖ. "Dem Ladenöffnungszeitengesetz kann man jetzt zustimmen, weil die Rahmenbedingungen verbessert werden", so SPÖ-Wirtschaftssprecher Hannes Bauer in einer Aussendung. So konnte in den Verhandlungen erreicht werden, dass es Mehrarbeitszuschläge auch für Teilzeitbeschäftigte geben wird, dass der Durchrechnungszeitraum drei Monate betragen und dass es verbindliche Regelungen für durchgehende Arbeitszeiten geben wird. Außerdem müssen regionale Begebenheiten berücksichtigt werden, betonte Bauer.

Im Handel sind rund 510.000 Mitarbeiter beschäftigt, allein im Einzelhandel sind es ca. 250.000, davon 170.000 Frauen. Fast die Hälfte von ihnen arbeitet Teilzeit, geht aus AK-Zahlen hervor. Der Entwurf für das neue Ladenöffnungszeitengesetz wurde Ende Jänner 2007 in die Begutachtung geschickt. Demnach soll die Wochenöffnungszeit von derzeit 66 auf 72 Stunden ausgeweitet werden, und die Geschäfte dürfen von Montag bis Freitag von 6 bis 21 Uhr und an Samstagen bis 18 Uhr offenhalten.

Handel freut sich

Der Österreichische Handelsverband hat die bekannt gegebene Sozialpartner-Einigung über den Handels-Kollektivvertrag für die weitere Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten begrüßt, sieht darin allerdings nur einen "Zwischenschritt".

Wie der Präsident des Handelsverbands, Stephan Mayer-Heinisch, gegenüber der APA erklärte, halte man die nun erreichten 72 Stunden Öffnungszeit für einen wichtigen Zwischenschritt, der "sehr lange" gedauert habe. "Aber wir glauben dass es in dieser Entwicklung noch weitere Schritte geben muss, weil der Handel selbst seine Kundenwünsche befriedigen will".

"Unser Ziel ist, dass der Handel sich möglichst flexibel aussuchen kann, wann er von Montag bis Samstag abend aufsperrern kann", präzisierte Mayer-Heinisch. Als Hindernisse nennt er u.a. die Zuschlagsregelungen für Arbeitnehmer sowie die strikten Öffnungszeitregelungen.